

# Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Nummer 10 Pf.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsstelle: Die Anzeigen nehmen die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Nummer 10 Pf.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 208

Sonntag, den 6. September 1925

20. Jahrgang

### Konferenz der Außenminister.

Günstiger Verlauf der Londoner Besprechung. — Gemeinsamer Bericht an die Regierungen. — Mutmaßungen über die Ministerkonferenz.

Genf, 4. Sept. Englische Delegationsmitglieder erklärten heute mittag Journalisten gegenüber, daß die aus London vorliegenden Berichte über die Juristenkonferenz „sehr günstig“ lauten. Nach diesen Berichten seien die Juristen bereits auf dem Wege, sich über einen gemeinsamen Bericht an ihre Regierungen zu einigen.

Der britische Botschafter in London teilt mit: Die Besprechungen der juristischen Sachverständigen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens werden wahrscheinlich morgen zu Ende gehen. In der Besprechung der technischen Einzelheiten des vorgeschlagenen Sicherheitspaktes ist ein erheblicher Fortschritt erzielt worden. Da die Verhandlungen in strengster Vertraulichkeit geführt worden sind, beruhen alle darüber ausgegebenen Berichte lediglich auf Mutmaßungen.

Zwei Londoner Blätter, die „Times“ und die „Daily Mail“, machen Mitteilungen über wahrscheinliches Datum und Ort der Außenminister-Konferenz. Die „Times“ wollen wissen, daß Dr. Stresemann in der zweiten Hälfte des Septembers mit den Außenministern der Westmächte — Irland, Chamberlain, Vandervelde und Mussolini — in der Schweiz zusammentreffen wolle. Die „Daily Mail“ gehen sogar noch weiter; sie nennen den 20. September und als Konferenzort Lausanne.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt hierzu: „Man weiß, daß die deutsche Regierung sich zu der von dem französischen Botschafter in Berlin mündlich überbrach-

ten Einladung zu einer Konferenz der Außenminister noch nicht geäußert hat, und daß sie ihren Beschluß darüber abhängig macht von den Ergebnissen der Londoner Juristenbesprechung. Was über deren Verlauf näherhinhin im „Daily Telegraph“, der aus belgischer Quelle geheißen wird, berichtet wird, ist mit einiger Vorsicht aufzunehmen, weil es sich um unzusammenhängende Detail-Darstellungen handelt. Die Londoner Juristenkonferenz dürfte morgen oder Montag ihre Arbeiten abschließen.

Ministerialdirektor Gaus wird dann in Berlin Bericht erstatten können, das Kabinett wird aber erst wieder zusammentreten, wenn Kanzler und Außenminister von ihren Urlauben zurückgekehrt sind, also kaum vor dem 17. oder 18. September. Selbst wenn die Beratungen der Reichsregierung nur wenige Tage in Anspruch nehmen sollten, wird eine Zusammenkunft der Außenminister nicht vor Anfang Oktober stattfinden, und auch dann nicht in Lausanne, das von deutscher Seite abgelehnt wird, sondern in einem anderen Orte.

Ob die Konferenz nachher zu einem Erfolge führt, das bleibt dahingestellt, und nichts ist selbstverständlich, als daß die bevollmächtigten Delegierten des Deutschen Reiches keinen Paktvertrag abschließen, der nicht eine wirkliche Friedensgarantie für die Zukunft darstellt, der nicht auf voller Gegenseitigkeit beruht und auch Deutschland in jeder Beziehung sichert.“

### Die Völkerbundstagung.

Von Dr. K. H. M. v. S.

Der Völkerbund hat zwei Tagungsorte, den Völkerbundsrat und die Völkerbundversammlung. Die letztere ist gewissermaßen die Hauptversammlung, zu der ausnahmslos alle am Bund beteiligten Staaten Zutritt haben, während der Rat den Vorstand der Vereinigung verkörpert, der im wesentlichen aus den im Bund vertretenen Großmächten besteht. Weber die 84 Tagungen des Rates nach die fünf Hauptversammlungen, die bisher stattgefunden haben, sind von der deutschen Öffentlichkeit mit besonderem Interesse verfolgt worden. Das ist verständlich, denn in der Vergangenheit war das, was vom Völkerbunde aus gegenüber Deutschland sich auswirkte, alles andere als vorteilhaft. Jetzt hat sich nun in Genf der Völkerbundrat erneut zu einer Sitzung zusammengefunden, der unmittelbar eine solche der Völkerbundversammlung folgen wird.

Solange Poincaré im Völkerbund die Alleinherrschaft führte, konnte Deutschland eigentlich nur mit Sorge jede neue Tagung verfolgen. Zweifellos hat sich aber im Völkerbund eine Wandlung vollzogen seit jener Zeit, in der Herriot und Macdonald den Ton angaben. Beide sind in der Zwischenzeit zwar in die Versenkung verschwunden, aber ein wenigstens etwas verständlicherer Geist ist doch aus diesen Tagen zurückgeblieben. Die diesmaligen Tagungen werden zeigen, ob diese Anfänge zu einer Gesundung Fortschritte machen oder ob Rückschläge in alte Methoden zu verzeichnen sein werden.

Die meisten Punkte der Tagesordnung des Völkerbundrates berühren ein unmittelbares Lebensinteresse Deutschlands nicht. Die wichtigste, diesmal im Rat zu behandelnde Sache ist die Waisulfrage, bei der England im Gegensatz zur Türkei keine wirtschaftlichen Interessen gefährdet sieht. Eine Lösung dieses schwierigen Problems wird wahrscheinlich auch diesmal noch nicht gelingen. Von den verschiedenen Kommissionsberichten, die der Rat über sich ergehen lassen wird, verdient unsere Aufmerksamkeit der Bericht des Generalkommissars Oesterreich über dessen finanzielle Sanierung und der Sachverständigen über die Wirtschaftslage Oesterreichs. Oesterreich hat ein wesentliches Interesse daran, die drückende Kontrolle seiner Finanzen durch den Völkerbund los zu werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Oesterreich hier Erfolge haben wird. Frankreich würde viel lieber allein Oesterreich in sein finanzielles Schlepptau nehmen, als es weiter unter der finanziellen Vormundschaft des Völkerbundes zu sehen, und deshalb ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der als Berichterstatter auftretende Pariser Professor sein Gutachten auf Aufhebung der Kontrolle einstellen wird, um den Weg für eine um so intensiver abhängigkeit Oesterreichs von Frankreich frei zu machen. Von ganz besonderer Bedeutung für uns sind die auf der Tagesordnung des Rates stehenden beiden Langzeitfragen. Hinsichtlich der Abgrenzung der polnischen Postzone bestehen schon seit längerer Zeit Differenzen, zu deren Beilegung jetzt eine Entscheidung getroffen werden soll. Der für uns wichtigste Punkt, die Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone, wird nicht behandelt werden. Da noch weitere „Gründungen“ dieser Frage stattfinden sollen. Auf deutsch heißt das: England und Frankreich sind sich hier noch nicht einig. Wohl aber ist es möglich, daß sich der Rat wenigstens in Form einer Aussprache mit dem Sicherheitsproblem befaßt.

In der Völkerbundversammlung selbst wird die Frage der Abrüstung, der Sicherheitsgarantie und der Schlichtungsbarkeit zweifellos einen breiten Raum einnehmen. Endgültige Entscheidungen sind jedoch auch hier zunächst nicht zu erwarten, sondern nach einer allgemeinen Aussprache werden diese Gegenstände den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden. Während dieser Beratungen wird sich zeigen, ob für uns die Möglichkeit besteht, trotz des Einflusses auf die Behandlung dieser Dinge zu nehmen, daß der deutsche Außenminister sich mit den Ministern der Anstanzstaaten zu einer Besprechung zusammenschließt. In französischen Kreisen mißt man dieser Tagung des Völkerbundes eine besondere Bedeutung bei. Kennzeichnend hierfür sind die Äußerungen des „Temps“, der vor wenigen Tagen schrieb: „Die sechste Völkerbundversammlung wird eine besondere Bedeutung haben, nicht so sehr wegen der Fragen, die den Gegenstand ihrer Beratungen bilden, als vielmehr wegen der Atmosphäre, in der sich ihre Arbeiten abwickeln werden. Diese Atmosphäre wird einmal geschaffen durch die Tatsache, daß in Gang befindlichen Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens, zum anderen durch den von Deutschland zu fassenden Beschluß wegen seiner Mitgliedschaft im Völkerbund. Man hat das Gefühl, an einem großen Wendepunkt der Politik der Nachkriegszeit angelangt zu sein, in dem sich das Schicksal des Friedens endgültig ent-

### Eine neue Verordnung der Rheinlandkommission.

Koblenz, 4. Sept. Am 7. September tritt folgende neue Verordnung der Rheinlandkommission in Kraft: Artikel 5 der Verordnung Nr. 295 wird durch folgendes ersetzt: Jedem Einwohner des besetzten Gebietes ist es, sofern er nicht die in Art. 174, 175 oder 184 des Friedensvertrages vorgesehenen Dienstverhältnisse eingegangen ist, untersagt, im unbesetzten Deutschland an irgendwelchen theoretischen oder praktischen Militär- oder Seeübungen teilzunehmen, irgendwelchen Heeres- oder Kriegsmarine- oder ähnlichen Formationen oder öffentlichen oder privaten Organisationen anzugehören, die Militär- oder Kriegsmarineunterricht oder Militärische oder Kriegsmarineausbildung bezwecken, selbst wenn diese Organisationen ihren Sitz außerhalb des besetzten Gebietes haben. Diejenigen, die eines der im vorstehenden Absatz bezeichneten Dienstverhältnisse eingegangen sind, dürfen nach ihrer Entlassung ohne besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission nicht ins besetzte Gebiet zurückkehren. Demzufolge sind die Bürgermeister verpflichtet, den Delegierten der Rheinlandkommission jedes derartige ihnen bekannte Verhältnis anzuzeigen. Die Verordnung ist auch im Gebiet des Brückenkopfes Köln anwendbar.

### Die polnische Regierung und die Optantenfrage.

Berlin, 4. Sept. Im Nachtrag zu unserer gestrigen Notiz über die Haltung der polnischen Regierung in der Optantenfrage erfahren wir noch, daß der polnische Minister des Äußern dem deutschen Gesandten in Warschau ein am 7. September auf der Gesandtschaft eingegangenes Schreiben hat zugehen lassen. Die Antwort bietet sachlich nichts Neues. Graf Strzyński beharrt bei der ablehnenden Stellung der polnischen Regierung, die nicht versteht, wie die Inanspruchnahme von Rechten aus einem Vertrage für die Beziehungen zweier Länder verständlich sein könne.

Da Polen sich nach wie vor auf sein formales, ihm deutscherseits nie bestrittenes Recht stützt, werden also die Optantenausweisungen zum Schaden der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen weitergehen.

### Keine Erhöhung der Beamtengehälter der Reichsbahn.

Berlin, 4. Sept. Am 4. September fand eine von den Gewerkschaften der Reichsbahnbeamten gewünschte Besprechung über die Erhöhung der Bezüge der Reichsbahnbeamten mit dem stellvertretenden Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Direktor Dormüller statt. Der Vertreter der Deutschen Reichsbahngesellschaft erklärte hierbei, daß Geldmittel zu einer Erhöhung der Beamtenbesoldung nicht vorhanden seien und daher nur durch eine Erhöhung der Eisenbahntarife eingeworben werden können. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft könne sich aber zu einer solchen Maßnahme nicht entschließen; denn sie würde den Wünschen der Reichsregierung auf Senkung der Preise direkt zuwiderlaufen.

### Streikvorbereitungen bei der Reichsbahn.

Wie der „Vorwärts“ meldet, treffen die Ortsgruppen der Eisenbahnerorganisationen überall im Reich Vorkehrungen für den Streik, der unvermeidlich sei, wenn nicht in neuen Schlichtungsverhandlungen eine allgemeine Lohnaufbesserung herbeigeführt wird.

### Dr. Stresemann über die Annäherung der Völker.

Berlin, 5. Sept. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in einer Sondernummer der Zeitschrift „Das Hotel“, die aus Anlaß der heute in Scheveningen beginnenden 50. Generalversammlung des internationalen Hotelbesitzervereins herausgegeben worden ist, ein Beileidwort gewidmet, in dem es heißt: Europa droht unter einer militärischen Last zusammenzubrechen, die weit gefährlicher, weit größer ist als 1914, und das alles nur, weil seine Völker vom Argwohn und Mißtrauen beherrscht werden. Angesichts dieser Entfremdung hat das wichtigste Ziel einer vernünftigen Außenpolitik zu sein: Eine Wiederannäherung der Völker, eine Entdichtung der europäischen Atmosphäre herbeizuführen. Das läßt sich aber am besten erreichen, wenn die Völker wieder in engsten persönlichen Kontakt zu einander treten. Hier sehe ich eine überaus fruchtbare und Erfolg versprechende Aufgabe des internationalen Fremdenverkehrs. Deutschland ist, wie die Verhandlungen mit den verschiedenen Staaten zeigen, bestrebt, die Regelung des Verkehrs über seine Grenzen so weit und ungehindert wie nur möglich zu gestalten.

### Die antideutsche Schulpolitik in der Tschechoslowakei.

Berlin, 5. Sept. Nach einem von Prager Blättern veröffentlichten Artikel des deutschen Abgeordneten Kofka wurden seit dem Umsturz in der Tschechoslowakei 84 Prozent des deutschen Schulwesens vernichtet. Insgesamt wurden von 13 774 deutschen Schulklassen 2779 gesperrt.

### Der deutsch-belgisch-luxemburgische Handelsvertrag.

Luxemburg, 4. Sept. In unterzeichneten Kreisen wird das Inkrafttreten des deutsch-belgisch-luxemburgischen Handelsvertrages für den 1. Oktober erwartet.

### Erfolge der Deusen.

Jerusalem, 4. Sept. Meldungen aus Syrien besagen, daß am 2. September die Zitadelle von Qaida durch die Truppen genommen worden sei, wobei 150 Franzosen gefangen und zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet worden sei. Eine Besetzung dieser Weidung war nicht zu erlangen.